

THOMAS NÄCKE, BOTSCHAFTSRAT DER EUROPÄISCHEN UNION, ZU GAST BEIM 38. SOWIESO-CLUB

# Das Verhältnis der Schweiz zu Europa und zur EU

**Was wissen Sie über die Europäische Union? Wie alle informierten Zeitungsleserinnen und -leser sicher eine ganze Menge. Griechenland, Euro-Krise, Personenfreizügigkeit, bilaterale Verträge, Osterweiterung sind einige Schlagworte, die wir regelmässig in der Tagespresse lesen. Die EU ist für die Schweiz wichtig. Und die Schweiz für die EU?**

Die Schweiz sei ein wichtiger Handelspartner, betonte Thomas Näcke im Rahmen des 38. Sowieso-Clubs. Sie kommt in der Rangfolge auf Platz vier, hinter den USA, China und Japan und vor Russland. Seit vier Jahren gibt es eine diplomatische Vertretung der EU in Bern. Geleitet wird die neunköpfige Delegation von Botschafter Dr. Michael Reiterer. Die Schweiz ihrerseits hat bereits seit fünfzig Jahren eine Vertretung in Brüssel. Die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und der Schweiz findet ihren Ausdruck in einer grossen Zahl sektorieller Verträge (EU-Terminologie für unsere bilateralen Verträge). Diese Verträge halten jedoch nicht mit den innereuropäischen Veränderungen Schritt. Sie sind Sonderregelungen und diese haben in der EU – auch für Mitgliedsstaaten – immer weniger Platz.

## Veränderungen innerhalb der EU

Die Einführung des Euro, die Osterweiterung und der Lissabonner Vertrag hätten die EU nachhaltig verändert, führte Näcke weiter aus. Durch die gemeinsame Währung wurde die EU zur Schicksalsgemeinschaft. Die einzelnen Länder der Eurozone könnten auf die Solidarität der Mitgliedsstaaten zählen. Stichwort: Griechenland! Diese Solidarität hat jedoch ihren Preis: Überwachung der nationalstaatlichen Budgets und konkrete Sparvorgaben. Aktuell wird eine Diskussion über Sanktionsmassnahmen für Defizitsünder geführt.

Im Zuge der Osterweiterung hat die EU ihre Abstimmungsregelungen verändert. In den meisten Politikfeldern entscheidet die EU heute mit qualifizierter Mehrheit (früher Einstimmigkeit). Die grossen Staaten haben dabei mehr Stimmen als kleine; letztere sind jedoch aufgrund der Stimmengewichtung rela-



Thomas Näcke ist seit 2009 Botschaftsrat der Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein. Er ist Leiter der politischen Abteilung. Der gebürtige Berliner ist seit 1992 für die EU tätig. Zu seinen Stationen gehören China (1995-97) und Japan (2002-2007). Studiert hat er in Konstanz, Genf und München. zvg

tiv überrepräsentiert. Dies wurde im Lissabonner Vertrag neu geregelt. Und der Finanzausgleich der EU läuft nun tendenziell nicht mehr von Norden nach Süden, sondern eher von Westen nach Osten. Der Lissabonner Vertrag (Dezember 2009) regelt die Kompetenzen der Nationalstaaten und der EU. Durch diesen Vertrag kann die EU jetzt auch in den Beziehungen zu seinen internationalen Partnern (Drittstaaten) eine klare Position einnehmen. «Aussenministerin» und zentrale Ansprechperson ist die Britin Catherine Ashton.

## Fragen aus dem Publikum

Durch die Stärkung der EU-Aussenpolitik verlieren die Nationalstaaten an Souveränität. Wie gehen diese damit um? Zum Beispiel Deutschland?

Dazu Thomas Näcke: «Es handelt sich hier um einen Willensentscheid der Staatengemeinschaft. Die nationalstaatliche Souveränität geht dabei nicht verloren; sie wird gepoolt. Damit bekommt die europäische Stimme grösseres Gewicht. Die Kompetenzen zwischen EU und Na-

tionalstaat wurden aufgeschlüsselt; das Prinzip der Subsidiarität ist zu beachten. Wichtige Entscheide werden heute europäisch gefällt. Staaten mit einer «föderalistischen» Tradition wie zum Beispiel Deutschland haben konzeptionell weniger Mühe damit als Staaten mit einem zentralistischen System.»

Wie lange hat die EU noch Geduld mit der Schweiz? Wie lange kann die Schweiz noch mit Sonderregelungen rechnen?

Näcke: «Durch die Erweiterung der EU gibt es auch innerhalb der EU immer weniger Raum für Sonderregelungen. Das betrifft auch die Schweiz. Die Schweiz ist zwar ein wichtiger Handelspartner und sie wird traditionell mit viel Wohlwollen behandelt. Doch die Teilnahme am EU Binnenmarkt «zu Sonderkonditionen» ist zunehmend problematisch. Zudem werden die Märkte im Osten und in Asien immer wichtiger, und das Augenmerk der EU richtet sich zunehmend auf strategische Partner mit geopolitischer Bedeutung.»

Ruth Greber